

Pressemitteilung

Reform der Notfallversorgung: Große Offenheit in der Bevölkerung für standardisierte Ersteinschätzung

Forsa-Befragung der AOK zeigt Potenzial für „Ambulantisierung“ in der Notfallversorgung

Berlin, 7. November 2025

Eine große Mehrheit der Deutschen steht der Einführung eines standardisierten Verfahrens zur Ersteinschätzung der Dringlichkeit der Behandlung beim Aufsuchen einer Notaufnahme positiv gegenüber. Das zeigen die Ergebnisse einer vom AOK-Bundesverband beauftragten aktuellen Forsa-Befragung. Gesundheitsministerin Nina Warken hatte jüngst angekündigt, noch Anfang November die geplante Notfallreform vorlegen zu wollen; laut Medienberichten befindet sich der Entwurf bereits in der Ressortabstimmung.

Laut der Befragung befürworteten 78 Prozent der Befragten den Einsatz eines standardisierten Ersteinschätzungsverfahrens und eine Einteilung in Dringlichkeitsstufen bei Patientinnen und Patienten, die eine Notaufnahme aufsuchen (Abbildung 1). In der Folge würden nur Fälle, bei denen ein sofortiger Behandlungsbedarf festgestellt wird, direkt im Krankenhaus versorgt, während Fälle ohne Dringlichkeit an eine niedergelassene Arztpraxis vermittelt würden. Nur 15 Prozent der Befragten lehnen ein solches standardisiertes Ersteinschätzungsverfahren ab.

Reimann: Mehr Fälle in die vertragsärztliche Versorgung steuern

„Es gibt in der Bevölkerung eine große Offenheit für eine bessere Steuerung von Notfällen nach Dringlichkeit durch den Einsatz von strukturierten Verfahren zur Ersteinschätzung. Das ist ein gutes Vorzeichen für die angekündigte Notfallreform“, kommentiert die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Carola Reimann, das zentrale Ergebnis der Befragung. „Nachdem die Reform in der letzten Legislatur liegen geblieben ist, wird es nun höchste Zeit, dass die schwarz-rote Koalition den Worten Taten folgen lässt und das Problem der chronisch überlasteten Notaufnahmen in Deutschland zeitnah angeht.“ Wichtig sei, dass mit der Reform tatsächlich eine bessere Steuerung von weniger dringenden Fällen in die vertragsärztliche Versorgung erfolge.

Laut der Befragung haben 40 Prozent der Befragten in den letzten fünf Jahren wegen eines gesundheitlichen Problems eine Notaufnahme aufgesucht (Abbildung 2). In zwei Drittel der Fälle (66 Prozent) erfolgte der Besuch der Notaufnahme aus eigener Entscheidung und Initiative, weitere 20 Prozent gingen auf Veranlassung von Familie, Freunden oder Bekannten in die Notaufnahme. Nur in einem Fünftel der Fälle wurden die Befragten durch ihren Hausarzt bzw. ihre Hausärztin oder einen anderen niedergelassenen Arzt in die Notaufnahme geschickt.

Mehrheit nach Besuch der Notfallaufnahme nur ambulant behandelt

Von den Menschen, die in den letzten fünf Jahren in einer Notaufnahme waren, wurden 30 Prozent in der Folge stationär aufgenommen und im Krankenhaus behandelt. Die große Mehrheit von knapp 60 Prozent wurde in der Notaufnahme lediglich ambulant behandelt (Abbildung 3). 4 Prozent wurden nach kurzer Abklärung an Haus- oder Fachärzte verwiesen, 5 Prozent nach einer Ersteinschätzung ohne weitere Behandlung wieder nach Hause geschickt. Die Detailbetrachtung nach Altersgruppen zeigt allerdings deutliche Unterschiede beim Anteil der stationären Aufnahmen: Während bei den über 60-Jährigen 44 Prozent stationär aufgenommen wurden, lag der Anteil der Krankenhaus-Aufnahmen bei den über 18- bis 29-Jährigen nur bei 16 Prozent. „Die Ergebnisse zeigen, dass es gerade in den jüngeren Altersgruppen ein großes Potenzial für die ambulante Versorgung von Notfällen gibt. Mit einem strukturierten Verfahren zur Ersteinschätzung und einer besseren Steuerung von vermeintlichen und tatsächlichen Notfällen an die richtige Stelle könnten wir die vorhandenen Ressourcen in der Notfallversorgung sehr viel effektiver einsetzen“, so Reimann.

Befragung zeigt Potenzial für mehr ambulante Behandlungen

Auf das Potenzial für mehr ambulante Behandlungen der Notfallversorgung verweisen auch die Ergebnisse einer Zusatzfrage an die Teilnehmenden, die in den letzten fünf Jahren in einer Notaufnahme waren: Wenn sie bei ihrem Besuch der Notaufnahme die Möglichkeit gehabt hätten, wegen ihrer Beschwerden innerhalb von zwei Tagen einen Facharzttermin zu bekommen, hätten immerhin 16 Prozent diesen Facharzttermin abgewartet (Abbildung 4). „Dieses Ambulantisierungs-Potenzial sollten wir nutzen, um die Notaufnahmen zu entlasten. Das kann nur gelingen, wenn die Patientinnen und Patienten durch die Einrichtung von Integrierten Notfallzentren zukünftig besser gesteuert werden. Diese Zentren sollten von Krankenhausträgern und Kassenärztlichen Vereinigungen gemeinsam betrieben werden, um die sektorale Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung im Notfall-Bereich zu überwinden“, fordert AOK-Vorständin Reimann. Ergänzend zu den Integrierten Notfallzentren (INZ) schlägt die AOK in ihren Eckpunkten zur Primärversorgung die Etablierung von Akuteitstellen bei den Kassenärztlichen Vereinigungen vor, die als Zugangsweg in das Gesundheitssystem fungieren. Diese sollten unter der Nummer 116 117 oder digital erreichbar sein und – ebenso wie die geplanten Primärversorgungs-Praxen – die Dringlichkeit der Behandlung anhand eines standardisierten Ersteinschätzungsverfahrens beurteilen. Zudem sollten sie technisch mit den Rettungsleitstellen (112) verknüpft werden. „Auf dieser Basis können die hilfesuchenden Patientinnen und Patienten dann an die richtige Stelle geleitet werden, wo sie optimal behandelt werden“, so Reimann.

Eine erst kürzlich veröffentlichte [forsa-Umfrage der AOK zur Primärversorgung](#) hatte gezeigt, dass sich Orientierungslosigkeit und fehlende Steuerung vor allem an den Wochenenden und außerhalb der Praxis-Sprechzeiten negativ auswirken: So gaben 32 Prozent der Befragten an, dass sie auch bei medizinischen Problemen, die keine lebensbedrohlichen Notfälle darstellen – z. B. bei einem akuten Harnwegsinfekt oder Fieber über 39 Grad – am Wochenende als erste Anlaufstelle die Notaufnahme aufsuchen würden. 5 Prozent gaben sogar an, dass sie in solchen Fällen die Notrufnummer 112 wählen würden.

Hinweis für die Redaktionen:

Die Abbildungen zu den Befragungsergebnissen finden Sie unter www.aok.de/pp/bv/